

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 02. Juni 2022 in Luxemburg

Am 02. Juni 2022 fand die formelle Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie unter französischem Vorsitz statt. Bei der Ratstagung wurden ausschließlich Dossiers aus dem Verkehrsbereich behandelt. Österreich war bei diesem Treffen durch den stellvertretenden Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU, MMag. Gregor Schusterschitz vertreten.

Der Rat führte eingangs eine Diskussion über die **Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/94/EU**. Diese sieht verpflichtende Mindestvorgaben für die Dichte an Elektroladestellen auf dem transeuropäischen Verkehrsnetz vor, enthält Regelungen zur Erhöhung der Nutzer:innenfreundlichkeit und Preistransparenz in Bezug auf die Betankungsinfrastruktur. Alle Mitgliedstaaten (MS) stimmten dem vom Vorsitz vorgelegten Text zu, sodass der Rat die Annahme der allgemeinen Ausrichtung festhalten konnte.

Der Rat führte anschließend die Debatte zur **Verordnung zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr (Initiative „ReFuelEU Aviation“)**. Der Vorsitz betonte die Bedeutung dieses im Rahmen des Fit for 55-Pakets vorgelegten Vorschlags, der auf eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen des Luftverkehrs abziele und verwies insbesondere auf die Beimischverpflichtung für alternative Kraftstoffe, wobei auch kohlenstoffarme synthetische Kraftstoffe zur Erreichung der Ziele verwendet werden können und national unter bestimmten Bedingungen ein höherer Anteil bestimmter Kraftstoffe vorgeschrieben werden kann. In der Aussprache äußerte die Mehrheit der MS Zustimmung zum Entwurf, oftmals unter Betonung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors. Einige MS wie NL, DK oder SE hätten

zwar ein höheres Ambitionsniveau präferiert, konnten jedoch ebenfalls dem Kompromiss zustimmen. AT, BE, DE, ES und LU konnten dem Entwurf für eine allgemeine Ausrichtung mit Verweis auf ihre Vorbehalte gegen die Einbeziehung von kohlenstoffarmen synthetischen Kraftstoffen nicht zustimmen. AT betonte die Wichtigkeit, sich ausschließlich auf erneuerbare Energien zu stützen. Ausnahmen wären kontraproduktiv und nicht im Sinne des Fit for 55-Pakets. AT enthielt sich daher wie auch DE der Stimme. Der Vorsitz stellte schließlich die Annahme der allgemeinen Ausrichtung mit qualifizierter Mehrheit fest.

Der Rat nahm anschließend einstimmig eine allgemeine Ausrichtung zur **Überarbeitung der Richtlinie zum Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS)** an, durch die wesentliche Beiträge zur Weiterentwicklung der intelligenten Verkehrssysteme und insbesondere deren Vernetzung bei gleichzeitiger Sicherstellung der bereits bestehenden Systeme geleistet würden.

Auch zur **Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2003/25/EG zur Einführung verstärkter Stabilitätsanforderungen für Ro-Ro-Fahrgastschiffe**, die eine weitere Erhöhung der Stabilität und damit des Sicherheitsniveaus von Fähren bringen würde, konnte der Rat einstimmig eine allgemeine Ausrichtung beschließen.

Der Rat führte im Anschluss eine Diskussion über die ebenfalls im Rahmen des Fit for 55-Pakets vorgelegte **Verordnung über die Verwendung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr („FuelEU Maritime“)**, die auf eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer, kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr abziele. Auch wenn einige MS ein höheres Ambitionsniveau begrüßt hätten, wurde der vom Vorsitz vorgelegte Text von allen MS unterstützt und konnte einvernehmlich angenommen werden.

Anhand eines vom Vorsitz vorgelegten Fortschrittsberichts erfolgte anschließend eine Orientierungsdebatte über den **Vorschlag für eine Verordnung über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)**. Der Vorsitz verwies darauf, dass die Revision für Ausbau und Vervollständigung des Netzes und dessen Anpassung an die EU-Klimaziele von großer Bedeutung wäre, nicht zuletzt auch vor dem Ziel der 90% Reduktion von Treibhausgasen im Verkehrssektor bis 2050. Die neuen Anforderungen an die Schieneninfrastruktur seien notwendig, um Interoperabilität und Kapazitätssteigerungen im Güter- und Passagierverkehr zu gewährleisten und auch die Straßenverkehrssicherheit zu erhöhen. Die MS unterstützten die Ziele dieser Revision, die angemessen und verhältnismäßig sein müsse, da der Großteil der finanziellen Mittel zum Ausbau des Netzes aus nationalen Haushaltsmitteln kommen werde. Auch AT unterstützte

einen ehrgeizigen aber verhältnismäßigen Ansatz und betonte, dass man der Frage der Instandhaltung, insbesondere bei der Schieneninfrastruktur, große Bedeutung zumesse und auch eine stärkere Berücksichtigung der aktiven Mobilität bei den städtischen Knoten für wichtig erachte. AT begrüßte schließlich die Schaffung des neuen „Westbalkan-Östliches Mittelmeer“ Korridors, der die Tauern-Pyhrnachse miteinbeziehe.

Unter „Sonstiges“ informierte der Vorsitz über den **Beschluss über die Kompensationspflichten im Rahmen von CORSIA**, der den MS ermögliche, ihren Notifizierungsverpflichtungen im Rahmen von CORSIA gerecht zu werden.

AT und NL stellten anschließend den **zweiten Fortschrittsbericht über den Stand der Umsetzung der Plattform für den Internationalen Schienenpersonenverkehr** vor und betonten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei der in klimapolitischer Hinsicht wichtigen Entwicklung grenzüberschreitender Eisenbahnmärkte.

DK machte danach auf das zunehmende Problem der potentiellen Umgehung der Vorschriften des Mobilitätspakets I zu Lasten der Fahrer und des fairen Wettbewerbs durch massive **Beschäftigung von Fahrern aus Drittstaaten durch EU-Transportunternehmen** in einigen MS aufmerksam. PL informierte über die gemeinsame Erklärung von BG, CZ, EE, HU, LV, LT, PL, SK, RO betreffend notwendiger **Maßnahmen auf EU-Ebene zur Vollendung von Infrastrukturinvestitionen**. EL, unterstützt von MT und CY, wies auf die **illegale Festsetzung von zwei unter griechischer Flagge fahrenden Schiffen** durch bewaffnete iranische Gruppen im Persischen Golf hin.

Abschließend präsentierte CZ das **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes** und nannte als Schwerpunktbereiche die Aufnahme von Verhandlungen mit dem EP zu den Fit for 55-Dossiers und IVS sowie die Weiterbehandlung der TEN-T Verordnung. CZ plane einen informellen Rat Verkehr am 20./21.10. in Prag zum Thema Konnektivität sowie einen formellen Rat am 05.12. in Brüssel.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Juli 2022

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin